

# Allgemeine Lieferbedingungen der ECOMAL Europe GmbH

## I. Allgemeines

1. Nachstehende Bedingungen gelten für alle Lieferungen, Leistungen und vorausgehende Angebote gegenüber einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers haben keine Geltung, auch wenn wir ihnen nicht ausdrücklich widersprechen.

2. Preisangaben des Lieferanten sind gültig für 30 Tage, im Übrigen ist das Angebot freibleibend. Für den Umfang der Lieferpflicht ist die schriftliche Auftragsbestätigung maßgebend. Erst mit ihrer Absendung oder mit Absendung der Ware gilt der Auftrag als angenommen.

3. Leistungsbeschreibungen, dem Vertrag zugrunde liegende Prospekte oder ähnliches, vereinbarte Maße und Gewichte sind mangels gesonderter, schriftlicher Vereinbarung keine Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantien, sondern reine Produktbeschreibungen. Werden Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantien übernommen, so werden vom Lieferer diesbezüglich eigene Zertifikate erstellt.

4. Für die Sicherheit aller Lieferungen oder Leistungen gelten die jeweils anwendbaren Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, es sei denn, die gleiche Sicherheit ist auf andere Weise gewährleistet.

5. Kostenvoranschläge, Zeichnungen und anderen Unterlagen liegendes Eigentum des Lieferanten und dritter Personen nach vorheriger Zustimmung zugänglich gemacht werden. Zu Angeboten gehörige Zeichnungen und andere Unterlagen sind, wenn kein Auftrag erteilt wird, auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben. Dies gilt entsprechend für Unterlagen des Bestellers; diese dürfen jedoch solchen Dritten zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässigerweise Lieferungen oder Leistungen übertragen hat.

## II. Preise

Preise und Entgelte verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer und gelten bei Lieferung ohne Aufstellung oder Montage ex Works europäisches Zentrallager ECOMAL Kirchzarten, Deutschland (INCOTERMS® 2010) ausschließlich Verpackung.

## III. Eigentumsvorbehalt

1. Der Lieferer behält sich an sämtlichen Lieferungen (Vorbehaltsware) das Eigentum bis zur Erfüllung aller gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Geschäftsverbindung vor. Der Eigentumsvorbehalt erfasst auch Ersatz- oder Austauschteile, soweit sie nicht durch Einbau wesentliche Bestandteile werden.

2. Während des Eigentumsvorbehalts ist dem Besteller eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt und Weiterveräußerung nur in Wiederverkaufem im gewöhnlichen Geschäftsgang und nur unter der Bedingung gestattet, dass der Wiederverkäufer von seinem Kunden Bezahlung erhält oder seinerseits einen Eigentumsvorbehalt vereinbart.

3. a) Veräußert der Besteller Vorbehaltsware, tritt er bereits jetzt dem Lieferer seine künftigen Forderungen aus der Weiterveräußerung gegen seine Kunden mit allen Nebenrechten – einschließlich etwaiger Saldoforderungen – sicherungshalber ab, ohne dass es noch späterer besonderer Erklärungen bedarf. Bei Weiterveräußerung mit anderen Gegenständen ohne Einzelpreisvereinbarung tritt der Besteller dem Lieferer mit Vorrang vor der übrigen, nicht abgetretenen Forderung denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung ab, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.

b) Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Besteller dem Lieferer die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen den Kunden erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen auszuhandeln.

c) Bis auf Widerruf ist der Besteller zur Einziehung der abgetretenen Forderungen aus der Weiterveräußerung befugt. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist der Lieferer berechtigt, die Einziehungsbefugnisse des Bestellers zu widerrufen. Außerdem kann der Lieferer nach vorheriger Androhung unter Einhaltung einer angemessenen Frist die Sicherungsabtretung offen legen, die abgetretenen Forderungen verwerten sowie die Offenlegung der Sicherungsabtretung durch den Besteller gegenüber dem Kunden verlangen.

4. a) Dem Besteller ist es gestattet, die Vorbehaltsware zu verarbeiten, umzubilden oder mit anderen Gegenständen zu verbinden. Dieses erfolgt für den Lieferer. Der Besteller wahrhaft die neue Sache kostenfrei für den Lieferer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Die verarbeitete, umgebildete oder verbundene Sache gilt als Vorbehaltsware.

b) Im Fall von a) steht dem Lieferer Miteigentum an der neuen Sache in Höhe des Anteils zu, der sich aus dem Verhältnis des Wertes der verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Vorbehaltsware zum Wert der übrigen verarbeiteten Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung ergibt. Sofern der Besteller Alleineigentum an der neuen Sache erwirbt, räumt der Besteller dem Lieferer Miteigentum an der durch Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung entstandenen neuen Sache im Verhältnis des Wertes der verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Vorbehaltsware zu der übrigen verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung ein.

c) Für den Fall der Veräußerung der neuen Sache tritt der Besteller hiermit dem Lieferer seinen Anspruch aus der Weiterveräußerung gegen den Kunden mit allen Nebenrechten sicherungshalber ab, ohne dass es noch weiterer besonderer Erklärungen bedarf. Die Abtretung gilt jedoch nur in Höhe des Betrages, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Wert der verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Vorbehaltsware entspricht. Der dem Lieferer abgetretene Forderungsanteil ist vorrangig vor Forderungen des Bestellers zu befriedigen. Hinsichtlich der Einziehungsbefugnisse sowie den Voraussetzungen ihres Widerrufs gilt Nummer 3. c) entsprechend.

d) 4. c) gilt im Falle der Verbindung der Vorbehaltsware mit einem Grundstück oder beweglichen Sachen hinsichtlich des Anspruchs auf Vergütung für die Verbindung entsprechend.

5. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich zu benachrichtigen.

6. Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer zur Rücknahme berechtigt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet. In der Rücknahme liegt nur dann ein Rücktritt vom Vertrag, wenn dies vom Lieferer ausdrücklich erklärt wird. Nach vorheriger Androhung kann der Lieferer zurückgenommene Vorbehaltsware verwerten und sich unter Anrechnung auf die offenen Ansprüche aus deren Erlös befriedigen.

## IV. Zahlungs- und Lieferbedingungen

1. Lieferung ab Werk ausschließlicher Verpackung.

2. Rechnungen zahlbar innerhalb von 30 Tagen netto nach Rechnungsdatum.

3. Gegenüber Forderungen und Ansprüchen des Lieferanten ist Aufrechnung oder Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen oder -ansprüchen möglich.

4. Zahlungsanweisungen, Schecks und Wechsel (nur nach vorheriger Absprache) werden nur zahlungshalber unter Berechnung aller Einziehungs- und Diskontspesen zu Lasten des Bestellers angenommen. Gewährte Nachlässe stehen dem Besteller nur unter dem Vorbehalt vollständiger, korrekter Auftragsannahme und fristgerechter Bezahlung zu.

## V. Frist für Lieferungen oder Leistungen

1. Einhaltung vereinbarter Fristen für Lieferungen setzt rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie Einhaltung vereinbarter Zahlungsbedingungen und sonstiger Verpflichtungen durch den Besteller voraus. Andernfalls wird die Frist angemessen verlängert, es sei denn, der Lieferer hat die Verzögerung zu vertreten.

2. Die Frist gilt als eingehalten:

a) bei Lieferung ohne Aufstellung oder Montage, wenn die betriebsbereite Sendung innerhalb der vereinbarten Liefer- oder Leistungsfrist zum Versand gebracht oder abgeholt worden ist. Falls sich die Ablieferung aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, verzögert, gilt die Frist bei Meldung der Versandbereitschaft innerhalb der vereinbarten Frist als eingehalten;

b) bei Lieferung mit Aufstellung oder Montage, sobald diese innerhalb der vereinbarten Frist erfolgt ist.

3. Ist die Nichteinhaltung der Frist für Lieferungen oder Leistungen nachweislich auf Mobilmachung, Krieg, Aufbruch, Streik, Aussperrung oder den Eintritt unvorhergesehener Hindernisse zurückzuführen, wird die Frist angemessen verlängert. Dasselbe gilt, wenn der Lieferer aus anderen Gründen nicht rechtzeitig von seinen Vorlieferanten beliefert wurde, obwohl er sich mit der gebotenen Sorgfalt darum bemüht hat. Bei schuldhafter Nichteinhaltung der Frist aus anderen als den vorgenannten Gründen kann der Besteller – bei Glaubhaftmachung eines Verschäpfungschadens – eine Verzugsentschädigung von 0,5% pro vollendeter Woche der Verschäpfung, maximal aber 5% vom Werte desjenigen Teiles der Lieferungen oder Leistungen verlangen, der wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung einzelner dazugehöriger Gegenstände nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden konnte. Dem Lieferer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Besteller gar kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist. Die Verzugsentschädigung steht dem Besteller auch zu, wenn die in Ziffer 3 Satz 1 genannten Umstände erst nach verschuldeter Überschreitung der ursprünglich vereinbarten Frist eintreten. Entschädigungsansprüche des Bestellers für den Lieferverzugs, die über die in Satz 2 genannte Grenze in Höhe von 5% hinausgehen, sind auch nach Ablauf einer dem Lieferer etwa gesetzten Frist zur Leistung ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung vom Lieferer zu vertreten ist.

4. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers verzögert, kann dem Besteller, beginnend einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft, Lagergeld in Höhe von 0,5% des Rechnungsbetrages für jeden angefallenen Monat berechnet werden, maximal jedoch 5%, soweit nicht der Besteller geringere oder der Lieferer höhere Kosten nachweist.

## VI. Gefahrübergang

Die Gefahr geht auf den Besteller auch bei vereinbarter frachtfreier Lieferung wie folgt über:

a) bei Lieferung ohne Aufstellung oder Montage, wenn die betriebsbereite Sendung zum Versand gebracht oder abgeholt worden ist. Auf Wunsch und Kosten des Bestellers, auch wenn der Lieferer den Transport selbst durchführt oder seine Kosten übernimmt, wird die Sendung vom Lieferer gegen Bruch-, Transport- und Feuerschäden versichert.

b) wenn Versand, Zustellung, Beginn oder Durchführung der Aufstellung oder Montage auf Wunsch des Bestellers oder aus von ihm zu vertretenden Gründen verzögert wird, geht die Gefahr für die Zeit der Verzögerung auf den Besteller über; jedoch ist der Lieferer verpflichtet, auf Wunsch und Kosten des Bestellers von diesem verlangte Versicherungen zu bewirken.

## VII. Entgegennahme

1. Angeliessene Gegenstände sind, auch bei unwesentlichen Beanstandungen, vom Besteller entgegenzunehmen.

2. Teillieferungen sind zulässig, soweit die Teillieferung für den Besteller im Rahmen des vertraglichen Bestimmungszwecks verwendbar ist, die Lieferung der restlichen bestellte Ware sichergestellt ist und dem Besteller hierdurch kein erheblicher Mehraufwand oder zusätzliche Kosten entstehen (es sei denn, der Lieferer erklärt sich zur Übernahme bereit).

## VIII. Haftung für Mängel

Für Mängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Der Besteller hat den Liefergegenstand oder die Leistung unverzüglich nach Erhalt zu untersuchen und dem Lieferer von einem etwaigen Mangel unverzüglich, spätestens aber 8 Tage nach Erhalt möglichst spezifiziert schriftlich Anzeige zu machen. Unterlässt der Besteller die Anzeige, gilt der Liefergegenstand oder die Leistung als genehmigt, es sei denn, es handelt sich um einen versteckten Mangel. Zeigt sich ein solcher Mangel später, so muss die schriftliche Anzeige unverzüglich, spätestens aber 8 Tage nach Entdeckung gemacht werden; andernfalls gilt der Liefergegenstand oder die Leistung auch in Ansehung dieses Mangels als genehmigt.

2. Soweit ein nicht unerheblicher Mangel der Lieferung oder Leistung vorliegt, ist der Lieferer nach seiner Wahl zur Beseitigung des Mangels oder zur Lieferung einer mangelfreien Sache oder zur Erbringung einer mangelfreien Leistung berechtigt (Nacherfüllung). Das Recht des Lieferanten, eine der beiden oder beide Arten der Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt. Zur Nacherfüllung hat der Besteller dem Lieferer die nach billigem Ermessen erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren. Der Lieferer kann Nacherfüllung verweigern, solange der Besteller nicht seiner Verpflichtung gemäß Ziffer 3 nachkommt.

3. Der Besteller hat ihm obliegende Vertragsverpflichtungen, insbesondere vereinbarte Zahlungsbedingungen einzuhalten. Bei Geltendmachung einer Mängelrüge dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang angemessen dem Verhältnis zu den Mängeln zurückgehalten werden. Bei unerheblichen Mängelrügen ist der Lieferer berechtigt, ihm entstandene Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.

4. Wenn der Lieferer eine ihm gestellte angemessene Frist zur Nacherfüllung ohne Mängelbeseitigung streichen lässt, Nacherfüllung fehlschlägt oder unmöglich ist, kann der Besteller Rücktritt vom Vertrag erklären oder Herabsetzung der Vergütung (Minderung) verlangen. Bei einem unerheblichen Mangel besteht jedoch kein Rücktrittsrecht.

5. Ansprüche des Bestellers aus Mängeln verfahren in einem Jahr nach Ablieferung des Liefergegenstandes bzw. Erbringung der Leistung. Dies gilt nicht, soweit der Liefer- oder Leistungsgegenstand entsprechend der üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat.

6. Wenn der Besteller ohne Zustimmung des Lieferanten die Liefer- oder Leistungsgegenstand ändert oder durch Dritte ändern lässt und die Mängelbeseitigung hierdurch unmöglich oder unzumutbar erschwert wird, entfällt die Mängelhaftung. In jedem Fall hat der Besteller die durch die Änderung entstandenen Mehrkosten der Mängelbeseitigung zu tragen.

7. Ansprüche des Bestellers wegen zur Nacherfüllung erforderlicher Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sind ausgeschlossen, soweit diese sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, und diese Verbringung nicht dem üblichen Gebrauch entspricht.

8. Schadensersatzansprüche bestehen nur nach Maßgabe von Ziff. X. Weitere Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer wegen eines Mangels sind ausgeschlossen. Unberührt bleiben die gesetzlichen Sondervorschriften bei Entleerung der Ware an einen Verbraucher (Lieferantenressort gemäß §§ 478, 479 BGB).

9. Beruht ein Mangel auf der mangelhaften Lieferung eines Dritten ist der Lieferer berechtigt, seine Mängelansprüche gegen diesen Dritten an den Besteller abzutreten. Mängelansprüche gegen den Lieferer bestehen bei

derartigen Mängeln unter den sonstigen Voraussetzungen und nach Maßgabe dieser Allgemeinen Lieferbedingungen nur, wenn die gerichtliche Durchsetzung der vorstehend genannten Ansprüche gegen den Dritten erfolglos war oder, beispielsweise aufgrund einer Insolvenz, aussichtslos ist. Der Besteller ist verpflichtet, den Lieferer über die gerichtliche Geltendmachung der abgetretenen Ansprüche unverzüglich zu informieren und bei sämtlichen Vereinbarungen in Bezug auf die abgetretenen Forderungen die Zustimmung des Lieferanten einzuholen. Während der Dauer des Rechtsstreits ist die Verjährung der betreffenden Mängelansprüche des Bestellers gegen den Lieferer gehemmt.

10. Die Ziffern 1 bis 9 gelten entsprechend für solche Ansprüche des Bestellers auf Nachbesserung, Ersatzlieferung oder Schadensersatz, die durch im Rahmen des Vertrages erfolgende Vorschläge oder Beratungen oder durch Verletzung vertraglicher Nebenpflichten entstanden sind.

## IX. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte

1. Der Lieferer ist verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. VII Ziffer 2 bestimmten Frist wie folgt:

a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl und auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, oder sie darauf ändern oder austauschen, dass keine Rechte Dritter weiter verletzt werden, der Liefergegenstand aber weiterhin die vertraglich vereinbarten Funktionen erfüllt. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.

b) Die Pflicht des Lieferanten zur Leistung von Schadensersatz unterliegt den Beschränkungen nach Art. X.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferanten bestehen nur, soweit der Besteller dem Dritten gegenüber eine Verletzung nicht ohne Zustimmung des Lieferanten anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Ziffer 1. a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. VIII Ziffer 3 und 9 entsprechend.

5. Der Besteller wird den Lieferer unverzüglich schriftlich benachrichtigen, falls ihm gegenüber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten Dritter geltend gemacht werden.

## X. Sonstige Schadensersatzansprüche

Der Lieferer haftet nicht für die einfache fahrlässige Verletzung anderer als wesentlicher Vertragspflichten. Wesentliche Vertragspflichten sind diejenigen, deren Erfüllung dem Vertrag das Gepräge gibt und seine ordnungsgemäße Durchführung überhaupt erst ermöglicht. Weiter haftet der Lieferer nicht, wenn seine einfachen Erfüllungsgehilfen Vertragspflichten grob fahrlässig verletzen.

Soweit dem Lieferer kein vorsätzliches Verhalten zur Last fällt, haftet er nur für den typischerweise eintretenden, vorhersehbaren Schaden.

Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt; dies gilt auch für die Haftung wegen schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Bei Übernahme einer Garantie haftet der Lieferer nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

Danach bestehende Schadensersatzansprüche verjähren innerhalb der gesetzlichen Fristen.

## XI. Gerichtsstand und anwendbares Recht

1. Alleinig Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis mittelbar oder unmittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Hauptsitz in Kirchzarten. Der Lieferer kann das sachlich zuständige Gericht am Hauptsitz des Bestellers anrufen.

2. Für die vertraglichen Beziehungen gilt deutsches Recht; die Anwendung des IPR und des UN-Kaufrechtes (CISG) ist ausgeschlossen.

## XII. Verbindlichkeit des Vertrages

Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Punkte in seinen übrigen Teilen verbindlich.

Stand: Oktober 2011

# General Terms and Conditions for Deliveries of ECOMAL Europe GmbH

## I. General

1. The following terms and conditions govern all deliveries, services and precursors offers to a company, a legal entity under public law or a publicly owned special asset. General terms of business of the Purchaser shall not apply, even if we do not expressly contradict them.

2. The Supplier's price details shall apply for 30 days; in other respects the offer shall be subject to change. The obligation to deliver shall be defined by the order confirmation. The order shall only be deemed accepted upon dispatch thereof or upon dispatch of the goods.

3. Descriptions of work or services, brochures or similar articles on which the contract is based, agreed measurements and weights shall not constitute any guarantees of quality or stability in the absence of written agreements but shall be merely descriptions of the products. If guarantees are given for quality or stability, these shall be provided by the Supplier with its own certificates.

4. The safety of all deliveries or services shall be subject to compliance with the respective regulations of the Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE – Association for Electrical, Electronic & Information Technologies) unless an identical level of safety is otherwise guaranteed.

5. Cost estimates, drawings and other documents shall remain the property of the Supplier and shall only be made accessible to third parties subject to the prior consent (of the Supplier). Drawings and other documents that are integral parts of the offer shall be returned upon request immediately if no order is placed. This shall apply accordingly to the documents of the Purchaser; however, it shall be possible to render these documents accessible to third parties on whom the Supplier has permissibly conferred deliveries or services.

## II. Prices

Prices and fees shall be subject to the addition of value added tax and apply upon delivery without assembly or installation, ex-works European central warehouse ECOMAL Kirchzarten, Germany (INCOTERMS® 2010). They shall not include packaging.

## III. Retention of Title

1. The Supplier shall retain title to all deliveries (goods to which title is retained) until all present and future claims to payment generated from business relations have been fully satisfied. The retention of title shall also apply to replacement or exchange parts unless they become major components as a result of installation.

2. Whilst title to the goods is retained, the Purchaser shall be prohibited from pledging or from assigning the goods by way of security and shall only be entitled to resell during the course of regular business transactions and only on condition that the reseller receives payment from its own customer or, for its part, contracts the retention of title.

3. a) If the Purchaser sells goods to which the title is retained, the Purchaser shall herewith now assign its future claims to payment from the resale in respect of its own customer with all secondary rights – including payment balance requests – to the Supplier as security without any specific declarations being required at a later date. In the event of resale together with other items without any unit price agreement, the Purchaser shall assign the Supplier that part of the total price corresponding to the price of the goods to which title is retained charged by the Supplier, with priority over the rest of the claim to payment that has not been assigned.

b) When substantiating justified interests, the Purchaser shall provide the Supplier with the information and documents required to assert its rights against the customer.

c) Until further notice, the Purchaser shall be authorized to collect the assigned payments from the resale. In the event of good cause, the Supplier shall be entitled to revoke the authority of the Purchaser to collect payment. Moreover, the Supplier shall be able to threaten to disclose the assignment within an appropriate set period of time, turn the assigned payments to account and require the Purchaser to disclose the assignment of security to its own customer.

4. a) The Purchaser shall be permitted to process, rework or combine the goods to which title is retained with other items. This shall be carried out on behalf of the Supplier. The Purchaser shall safeguard the new item free of charge for the Supplier and, in so doing, show the prudence of a diligent business person. The processed, reworked or combined articles shall be deemed to be subject to the retention of title.

b) In the case of a), the Supplier shall be entitled to co-ownership of the new item to the extent of the value of the processed, reworked or goods, to which title is retained, in proportion to the value of the remaining processed goods at the time of processing, reworking or combination. Should the Purchaser acquire exclusive ownership of the new item, the Purchaser shall grant the Supplier co-ownership of the new item generated from processing, reworking or combination to the value of the processed, reworked or combined goods, title to which is retained, in proportion to the remaining processed, reworked or combined goods at the time of processing, reworking or combination.

c) In respect of the resale of the new item, the Purchaser herewith now assigns its claim to payment from its customer as security with all incidental rights, without this necessitating any further declaration. The assignment, however, shall only be to an amount corresponding to the value of the processed, reworked or combined goods to which title is retained as billed by the Supplier. The fraction of the claim to payment assigned to the Supplier shall have priority over the Purchaser's claims to payment. In terms of the authorization to collect payment and the conditions for the revocation thereof, No. 3 c) shall apply accordingly

d) 4. c) shall apply accordingly to the claim to payment for combining the goods if the goods to which title is retained are combined with real estate or moveable assets.

5. In the event of attachment, confiscation or other dispositions or intervention on the part of third parties, the Purchaser shall immediately inform the Supplier thereof.

6. Should the Purchaser act in breach of contract, in particular if the Purchaser defaults on payment, the Supplier shall be entitled to take back the goods. The Purchaser undertakes to surrender them. The taking back of the goods shall only signify a withdrawal from the contract if the Supplier explicitly declares so. Subject to a prior caution issued to the Purchaser, the Supplier shall be able to turn the goods to which title is retained to account and offset the proceeds thereof against the outstanding claims to payment.

## IV. Terms of Payment and Delivery

1. Delivery ex-works excluding packaging.

2. Invoices due for payment inside 30 days net after the date of invoice.

3. It shall only be possible to offset payments and claims of the Supplier or to exercise a right to withhold payment if counterclaims are uncontested or have been established as final and absolute.

4. Payment instructions, cheques and bills of exchange (only subject to prior agreement) shall only be accepted as payment if the Purchaser bears all expenses of collection and discount charges. The Purchaser shall only be entitled to granted discounts subject to full and correct acceptance of the order and timely payment.

## V. Deadlines for Deliveries or Services

1. Compliance with agreed delivery deadlines shall require the due receipt of all documents to be provided by the Purchaser, any approvals and permits necessitated, in particular schedules and compliance with the agreed terms of payment and other obligations of the Purchaser. Otherwise, the deadline shall be duly prolonged, unless the Supplier is responsible for the delay.

2. Compliance with the deadline shall be deemed given:

a) upon delivery without installation or assembly if the fully operational consignment has been despatched or collected inside the agreed delivery or service deadline. If delivery is delayed for reasons for which the Purchaser is to blame, the deadline shall be deemed overdue if readiness for dispatch has been notified by the agreed deadline.

b) upon delivery with installation or assembly, as soon as delivery has been effected inside the agreed set period.

3. If the failure to comply with the deadline for delivery or services is proven to be attributable to mobilization, war, uprising, strike, lockout or the occurrence of unforeseen circumstances, the deadline shall be duly prolonged. The same shall apply if, for other reasons, the Supplier fails to receive supplies on time from its own contractors, although it has made every effort to ensure such supplies. In the event of non-compliance with the set schedule for which the Supplier is responsible, the Purchaser shall be able, when substantiating default damages, to call for compensation for each full week of the delay of 0.5%, yet at most 5% of the value of that part of the delivery or service that could not be operated as required because individual associated parts were not completed on time. It shall be up to the Supplier to provide evidence that the Purchaser incurred no damages at all or only significantly less than denoted by the aforementioned flat rate. The Purchaser shall also be entitled to compensation for the delay if the circumstances specified in No. 3 sentence 1 only arise after the originally contracted deadline has, through fault, been allowed to pass. Claims to compensation by the Purchaser for the delay in delivery that exceed the 5% ceiling specified in sentence 2, shall also be ruled out upon the lapse of any deadline set the Supplier for performance. This shall not apply in cases of willful intent, gross negligence or in cases of injury to life or limb when liability is mandatory; this shall not imply any change in the onus of proof to the detriment of the Purchaser. The Purchaser shall only be able to withdraw from the contract subject to statutory regulations if the delay is attributable to the Supplier.

4. If dispatch or service is delayed at the request of the Purchaser, the Purchaser shall be charged warehouse fees of 0.5% but no more than 5% of the invoiced amount for every commenced month, beginning one month after notification of readiness for dispatch, unless the Purchaser provides evidence of lesser costs or the Supplier greater costs.

## VI. Passing of Risk

Risk shall pass to the Purchaser as follows, even if carriage-paid delivery has been contracted:

a) upon delivery without installation or assembly if the ready-for-use consignment has been despatched or collected. At the request and expense of the Purchaser, even if the Supplier carries out transport itself or bears the costs thereof, the consignment shall be insured by the Supplier for breakage and damages during transport and from fire.

b) if despatch, delivery, start or implementation of installation or assembly is delayed at the request of the Purchaser or for reasons for which it is responsible, risk shall pass to the Purchaser for the period of the delay; nevertheless, the Supplier undertakes to procure the insurance cover required by the Purchaser at the request and expense of the Purchaser.

## VII. Receipt

1. The Purchaser shall take receipt of the delivered items, even in cases of insignificant complaints.

2. It shall be permitted to deliver in instalments providing the instalment can be used by the Purchaser for the contracted intended purpose, the delivery of the remaining ordered goods is secured, and the Purchaser does not incur significantly more expense or additional costs as a result thereof (unless the Supplier declares its willingness to bear said costs).

## VIII. Liability for Defects

The Supplier shall be liable for defects as follows:

1. The Purchaser shall inspect the delivered item or service immediately upon receipt and inform the Supplier immediately of any defect as specifically as possible in written form, at the latest 8 (eight) days after receipt. Should the Purchaser fail to make said notification, the item delivered or the service shall be deemed accepted and approved unless the defect is concealed. Should such defect only be revealed at a later date, written notification thereof shall be immediate, at the latest 8 (eight) days after discovery; otherwise, the delivered item or service shall be deemed accepted and approved, even in respect of the defect.

2. In the event of a serious defect in delivery or service, the Supplier shall be entitled to choose between remedying the defect or delivering a flawless item or providing a flawless service (supplementary performance). The right of the Supplier to refuse one of the two or both types of subsequent performance subject to statutory regulations shall not be affected hereby. The Purchaser shall grant the Supplier the amount of time and the opportunity it deems necessary to provide subsequent satisfaction. The Supplier shall be able to refuse to provide subsequent performance for as long as the Purchaser fails to meet the responsibilities to which it is obliged as defined in No. 3.

3. The Purchaser shall comply with its contractual duties for which it is responsible, in particular the agreed terms of payment. If notification has been made of a defect, the Purchaser shall be permitted to withhold payment in proportion to the defect in question. In the event defects are notified without justification, the Supplier shall be entitled to require the Purchaser to compensate for the expenses it thereby incurred.

4. If the Supplier allows an appropriate period of time set it to provide remedy to pass without correcting the defect, if subsequent fulfillment proves a failure or is impossible, the Purchaser shall be able to withdraw from the contract or call for a cut in payment (reduction). In the case of an insignificant defect, however, there shall be no right to withdraw from the contract.

5. Claims of the Purchaser derived from defects shall become statute-barred one year after delivery of the item and/or provision of the service. This shall not apply if the item delivered or the service provided has been used in the customary manner for a construction work, the faultiness of which caused the defect claimed.

6. If the Purchaser modifies the item delivered or the service without the consent of the Supplier or has an alteration carried out by third parties so that it becomes impossible or unreasonable to expect a defect to be remedied, any liability for defects shall no longer apply. In any case, the Purchaser shall bear the extra expense incurred in remedying the defect caused by the modification.

7. Claims of the Purchaser for expenses incurred through subsequent performance, in particular the costs of transport, travel, labour and material shall be ruled out insofar as these costs increase because the delivered item has been moved to a location other than the branch of the Purchaser and this relocation does not reflect customary use.

8. Claims to compensation for damages shall only prevail subject to Section X. Any further-reaching claims relating to a defect of the Purchaser against the Supplier shall be ruled out. The specific statutory regulations governing the ultimate delivery of the goods to a consumer (Supplier's recourse pursuant to Sections 478, 479 BGB – German Civil Code) shall not be affected hereby.

9. If a defect is attributable to the faulty delivery of a third party, the Supplier shall be entitled to assign its claim to defects against said third party to the Purchaser. Claims to defects against the Supplier shall only prevail otherwise against the Supplier in respect of those defects subject to the present General Terms and Conditions for Deliveries if the aforementioned claims against the third party could not be successfully asserted before a court of law or, for example, if

they are hopeless on the grounds insolvency. The Purchaser undertakes to inform the Supplier immediately the assigned claims are asserted before a court of law and to procure the consent of the Supplier for all agreements relating to the assigned claims to payment. For the duration of litigation, the statute of limitation shall be suspended in its progression for the Purchaser's claims to defects against the Supplier.

10. Nos. 1 to 9 shall apply correspondingly to those claims of the Purchaser for subsequent reworking, replacement or compensation generated by suggestions or advice provided under the contract or through the breach of secondary contractual obligations.

## IX. Industrial Property Rights and Copyright

1. The Supplier undertakes to only effect delivery in the country of the destination free from industrial property rights and third-party copyright (referred to in the following as "industrial property rights"). Should a third party lodge justified claims against the Purchaser for the infringement of industrial property rights through the contractually used deliveries of the Supplier, the Supplier shall be liable to the Purchaser as follows within the period of set down in Article VIII No. 2.

a) The Supplier shall choose to acquire a right of exploitation for the deliveries in question or to alter or exchange said deliveries in such manner that no third-party rights are infringed any longer, the item delivered, however, continuing to fulfil the contractually agreed functions. If this is not possible within reason for the Supplier, the Purchaser shall be entitled to withdraw from the contract or to claim a reduction of payment in line with the statutory regulations.

b) The duty of the Supplier to pay compensation of damages shall be subject to the restrictions defined in Article X.

c) The aforementioned obligations of the Supplier shall only prevail if the Purchaser does not acknowledge a breach to a third party without the consent of the Supplier and the Supplier retains the right to take all defence measures and negotiate a settlement. If the Purchaser ceases to use the delivered item in order to contain damages or for other good cause, the Purchaser undertakes to inform the third party that the discontinued use does not constitute any acknowledgment of a breach of property rights.

2. Claims of the Purchaser shall be ruled out to the extent it is responsible for the infringement of industrial property rights.

3. Claims of the Purchaser shall also be ruled out if the breach of property rights was generated as a result of special specifications of the Purchaser, by an application (of the delivered items) that could not be foreseen by the Supplier or if it was caused by the Purchaser modifying the delivered items or using them together with products that were not delivered by the Supplier.

4. In the event of breaches of property rights, the regulations of Article VIII Nos. 3 and 9 shall also apply accordingly to the Purchaser's claims specified in No. 1 a).

5. The Purchaser shall inform the Supplier immediately in writing if claims to the infringement of third-party rights are lodged against the Purchaser.

## X. Other Claims to Compensation for Damages

The Supplier shall not be liable for a merely negligent breach of contractual duties other than major contractual duties. Major contractual duties shall be those the fulfilment of which is essential to the contract and that actually render proper contract implementation possible in the first place. Furthermore, the Supplier shall not be liable if its simple vicarious agents breach contractual duties through gross negligence.

Unless willful intent is attributable to the Supplier, the Supplier shall only be liable for foreseeable damages that occur, typical for the contract.

The liability under the Product Liability Act shall not be affected hereby; this shall also apply to liability for injury to life and limb for which any one party is responsible. When a guarantee has been assumed, the Supplier shall be liable subject to the statutory regulations.

Any claims to compensation that still prevail shall become statute-barred inside the statutory deadlines.

## XI. Venue and applicable Law

1. If the Purchaser is a business person, a legal entity under public law or a publicly owned special asset, the sole place of jurisdiction for all disputes derived directly or indirectly from contractual relations shall be the Head Office in Kirchzarten. The Supplier shall be able to address the respective court of law at the location of the head office of the Purchaser.

2. Contractual relations shall be subject to German law, the application of International Private Law and the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) shall be ruled out.

## XII. Binding Effect of Contract

Even in the event single parts of the contract prove to be invalid, the remaining parts thereof shall continue to be binding.

Status October 2011